

Raus aus der binnenkirchlichen Lähmung, rein in die gesellschaftlichen Fragen

Eine Arbeitsgruppe in der AKSB hat über verbindende Linien der katholisch-sozial orientierten politischen Bildung beraten. Ziel ist, 2022 die Stärken und Bedeutung dieser Arbeit öffentlich sichtbar zu machen

Eine Standortbestimmung durchführen, sich einem verbindenden Leitbild nähern, um gemeinsam in der Öffentlichkeit aufzutreten: Das sind die Ziele eines engagierten Verständigungsprozesses innerhalb der AKSB, aus dem heraus 2022 eine Öffentlichkeitskampagne erfolgen soll. Mit aktiv in der Arbeitsgruppe, die sich mit diesem anspruchsvollen Vorhaben beschäftigte: Reinhard Griep, seit 1992 Leiter der Jugendakademie Walberberg in Bornheim und seit dieser Zeit aktiv im Dachverband, und Dr. Christiane Bongartz, Direktorin der Bischöflichen Akademie des Bistums Aachen in Aachen, sie ist seit November 2018 dabei. Im Gespräch mit *AKSB-inform* formulieren die beiden ihren Blick auf Anliegen und Perspektiven für eine zukünftige Kampagne.



Dr. Christiane Bongartz, Reinhard Griep

Vor welchem Hintergrund sind Sie in das Vorhaben gestartet?

Griep: Wir beobachten in jüngerer Zeit in der Trägerlandschaft der AKSB vermehrt Diskussionen und Entscheidungen, ob man sich noch Einrichtungen der politischen Bildung leisten kann und soll. Aus der Jugendbildung sind mir solche Diskurse aus eigener Betroffenheit heraus bekannt, in den letzten 15 Jahren sind die Hälfte aller Häuser bundesweit geschlossen worden. Letzten Endes befinden wir Einrichtungen uns alle an verschiedenen Stellen eines Zeitstrahls, bis zu der expliziten Entscheidung, ob bzw. wie es weitergeht. Das wollten wir nicht fatalistisch der Dynamik bei einzelnen Bistümern und sonstigen Trägern überlassen, sondern einen selbstbewussten Akzent in der Debatte setzen. Wir wollten gemeinsam deutlich machen, was die Gesellschaft und die Kirchen von katholisch-sozial orientierter politischer Bildung hat, was diese einbringt, was sie auszeichnet. Hier mit einer Stimme zu sprechen, öffentlich wahrnehmbar, schien uns die richtige Herangehensweise. Dann sind wir gestartet.

Wie ließ sich die Zusammenarbeit an?

Bongartz: Die Härte mancher Wortwechsel hat mich als ziemlichen Neuling in der Runde überrascht. Der

Existenzdruck ist bei manchen Einrichtungen bereits sehr hoch und da fehlte es nach meiner Wahrnehmung zu Beginn am gegenseitigen Verständnis. Aber wir sind sehr gut ins Arbeiten gekommen und ich schätze es sehr, dass der Dachverband diesen Rahmen geschaffen hat, über die verbindenden Merkmale der eigenen Arbeit zu sprechen. Mich hat sehr positiv beeindruckt, mit welcher Leidenschaft alle über das sprechen, was für sie eine kirchlich getragene politische Bildung ausmacht. Wir sind irgendwann über den Punkt hinausgekommen, uns in Kleinigkeiten zu verzetteln. Dafür läuft vielen von uns gerade einfach die Zeit weg. So sind wir auf das Wesentliche gekommen, auf gemeinsame Grundlinien, die wir auch Dritten gegenüber vertreten können.

Griep: Der Knackpunkt war sicher die große Vielfalt, mit der wir in der AKSB unterwegs sind. Wir haben Träger unterschiedlichster Größe und Finanzkraft, wir haben Träger ohne und mit Häusern. Und natürlich haben wir auch unterschiedliche Schwerpunkte und Akzente in der Ausrichtung unserer Bildungsangebote. Allen gemeinsam sind die kirchliche Anbindung und die pastorale Dimension. Aber das stellt heute auch keinen stabilen Rahmen mehr dar angesichts der veritablen Kirchenkrise, in der wir uns befinden und in der wir unsere Rolle neu bestimmen müssen.



Haben Sie auf den letzten Punkt hin gute Antworten finden können?

Bongartz: Die Debatte darüber hat uns eine Zeit lang gelähmt. Über die Kirchenkrise haben wir sehr viel gesprochen, das hat alle Kräfte gebunden. Wir waren ratlos und auch uneinig, welche Konsequenzen sich für uns als Träger und Einrichtungen, die in einen Dialog mit der Gesellschaft gehen, aus Themen wie Missbrauch, Sexualmoral, Ausgrenzung von Frauen und Homosexuellen ergibt. Sowohl nach innen als auch nach außen hin hat dieses Spannungsfeld sehr viel Sprengkraft. Wir haben uns, wie die Kirche insgesamt, eher an diesen internen Themen festgebissen, anstatt über unsere gesellschaftlich bedeutsamen Beiträge durch politische Bildung zu reden. Erst als wir diese Binnenfragen verließen, haben wir die Kurve bekommen und über unsere Stärken gesprochen.

Griep: In dieser Ambivalenz haben wir selbstbewusst geschaut: Was bedeutet unsere konfessionelle Tradition heute, wie inspiriert sie unsere Bildungsarbeit, welche Werte leiten uns? Und auch nach vorne haben wir geschaut, nicht allein mit der Brille der Existenzsicherung. Ein guter Rahmen muss her, um auch morgen wirkungsvolle und zukunftsorientierte politische Bildung mit Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen zu betreiben. Über die Strukturen kann und muss man sicherlich reden, mit den Trägern, mit dem Staat. Zum einen gilt es herauszustellen, was katholisch-sozial orientierte politische Bildung ausmacht und stark macht, zum anderen geht es auch darum, herauszuarbeiten, welche Rolle und Funktion dabei den Bildungshäusern explizit zukommen – denn die gelten einigen Bistümern lediglich als Kostenfaktor und weitgehend verzichtbar. Und sicher müssen wir auch unsere Hausaufgaben machen: Sind unsere Angebote inhaltlich, zielgruppenspezifisch in der traditionellen „Komm-Struktur“ noch zeitgemäß oder wo müssen wir uns verändern, vielleicht aufsuchender werden und lebensweltorientierter?

Welche Herausforderungen bleiben?

Bongartz: Was wir festgestellt haben in unseren Gesprächen: Ein Profil lässt sich nicht am Reißbrett entwickeln, man muss es praktisch leben. Das heißt, dass das, was wir im nächsten Jahr öffentlich kommunizieren, von der Arbeit der katholisch-sozialen Bildungswerke gedeckt sein muss. Für mich ist das, was wir bisher erreicht haben, daher nur ein Zwischenergebnis. Ein Label ist wichtig, aber jetzt muss die Verständigung weitergehen. Was bedeutet das, was wir für uns reklamieren, konkret? Der Dachverband bleibt für mich der richtige Ort, um über Fragen des gemeinsamen Verständnisses zu sprechen und dabei auch die offenen Knackpunkte ehrlich und ziel führend ausdiskutieren. Dazu gehört für mich zum Beispiel die Frage: Wie viel Beutelsbacher Neutralität ist demokratisch geboten, wenn es um Parteien geht, die aktiv gegen Grundrechte und Grundordnung arbeiten?

Griep: Da kann ich mitgehen. Mir sind zwei Aspekte noch wichtig, die in meinen Augen konstitutiv für unsere katholisch-soziale Trägerlandschaft sind. Zum einen möchte ich, dass wir immer im Blick behalten, dass wir unseren Teilnehmenden demokratische Teilhabe erschließen, Handlungsoptionen anbieten, damit sie selbstwirksam Gesellschaft mitgestalten. Zum anderen plädiere ich dafür, den Zugang für die Bevölkerungsgruppen offen zu halten und zu erleichtern, für die unsere Angebote bisher zu sehr mit Barrieren behaftet sind. Eine solche Öffnung und Verbreiterung der Reichweite von politischer Bildung ist für mich der demokratische Auftrag, den die Gesellschaft an uns stellt. Diese Kernaufträge sehe ich sehr gut mit unserem christlichen Auftrag verbunden. Ich denke, darüber zu reden, wird uns sowohl mit Blick auf die Träger als auch auf die Gesellschaft weiterhelfen.